

## Ecuador: Blutige Polizeiunruhen nach Gesetzesverabschiedung – aber kein Staatsstreich!

**Am 30. September 2010 kam es in Quito, der Hauptstadt von Ecuador, zu Unruhen, welche von der nationalen Polizei ausgingen. Im Gegensatz zu mancher internationaler Berichterstattung und im Gegensatz zu den Worten des Präsidenten der Republik, Rafael Correa, handelte es sich nicht um einen Staatsstreich gegen ihn und seine Regierung.**

Es begann am Morgen mit den Nachrichten, dass die Polizei sich zu Protestaktionen gegen das am Vorabend in der ecuadorianischen Asamblea verabschiedete Gesetz zur Kürzung der öffentlichen Ausgaben entschlossen habe. Vom Gesetz besonders betroffen sind die Angehörigen von Polizei und Armee, denen Dienstalterszulagen und Bonuszahlungen gekürzt werden sollen. Darüber hinaus sind „staatsfinanzen-schonende“ Eingriffe ins Beförderungssystem geplant, in dem der Abstand zwischen Beförderungen von fünf auf sieben Jahre angehoben werden sollte.

Dieses Gesetz war gegen die Stimmen der Opposition und selbst gegen Stimmen der Regierungsfraktion auf Druck von Präsident Correa im Parlament verabschiedet worden.

Was scheinbar als spontane Protestaktionen begann, gewann sehr schnell an Eigendynamik und weitete sich innerhalb weniger Stunden zu Protesten im ganzen Land aus. Daraufhin eilte Correa zu Gesprächen in das Hauptquartier der Polizei, die aber nicht den gewünschten Erfolg brachten. Sichtlich ver-

ärgert und emotionalisiert verließ Correa das Hauptquartier, wurde aber von protestierenden Menschen bedrängt. Als dann eine Tränengasgranate unmittelbar neben ihm explodierte, wurde Correa stark beeinträchtigt und musste sich im benachbarten Polizeihospital zur Behandlung geben. Scheinbar wurde er daraufhin dort von protestierenden Polizeikräften festgesetzt. Noch sind aber der genaue Hergang der Ereignisse wie auch die Hintergründe und Motive ungeklärt.

Bereits in einem ersten, über Radio ausgestrahlten Telefoninterview zur Mittagszeit ließ Correa verlauten, dass es sich um einen Putsch gegen ihn handele, der von der Opposition und der CIA eingefädelt sei und ihn aus dem Amt hebeln wolle. Diese Version bekräftigte er gegen 22:00 h abends bei seiner Ansprache auf dem Balkon des Präsidentenpalastes Carondelet im historischen Zentrum von Quito, unmittelbar nach seiner gewaltsamen Befreiung durch Militärs aus dem Polizeihospital. Außer Correa, seiner Regierung und Teilen seiner Anhänger zog niemand in Ecuador ernsthaft einen Staatsstreich in Betracht.

Der von Correa namentlich beschuldigte Rivale, Erzgegner und Vorgänger im Präsidentenamt, Lucio Gutierrez, weilte zum Zeitpunkt des Protestausbruches in Brasilien, um als Beobachter an den Präsidentschaftswahlen teilzunehmen. Die gesamte Opposition war von den Ereignissen über-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ECUADOR

DR. BERTHOLD WEIG

1. Oktober 2010

[www.kas.de/ecuador](http://www.kas.de/ecuador)

rascht worden und fand bis zum frühen Abend nicht zu einer gemeinsamen Erklärung. Das Militär selbst war sich wohl ebenfalls lange nicht einig, wie man mit der Situation umzugehen habe.

Im Laufe des Tages kam es zu Gegenprotesten zur Polizei und zu Solidaritätskundgebungen für den Präsidenten, so dass sich eine gewisse Pattsituation einstellte. Eine Reihe von Ministern aus der Correa-Regierung riefen zur Befreiung des Präsidenten aus dem Hospital auf, um vorgeblich sein Leben zu retten. Es ist aber mehr als fraglich, ob das überhaupt in Gefahr war. Die protestierenden Polizeikräfte erklärten über die gesamte Aktion hinweg, dass es sich nicht gegen den Präsidenten richten würde und in diesem Sinne keine politischen Ziele habe, sondern um das Verhindern der Kürzung der finanziellen Zuwendung an sie.

Sicherlich hat sich der Präsident durch seine unbesonnene Handlung während des Konflikts keine Freunde in Polizei und Militär gemacht. Wohl eher im Gegenteil, zumal es zum ersten Mal Tote gab. Selbst bei den Amtsenthebungen der Präsidenten Mahuad, Bucaram und Gutierrez gab es keine Opfer. Schüsse in Quito sind in Zusammenhang mit politisch motivierten Unruhen ein Novum. Das wird ihm nicht vergessen.

Besonders auffällig war sein schon hysterisch anmutender Diskurs am Abend an seine Anhänger, welche sich vor dem Präsidentenpalast versammelt hatten. Obgleich er es hätte besser wissen müssen, beschuldigte er massiv die Opposition und amerikanischen Kräfte, einen Staatsstreich gegen ihn veranlasst zu haben. Selbst wenn man ihm eine emotionalisierte Stimmung und Aufwühlung zugute halten will, ist es doch eine unangemessene und nicht nachvollziehbare Reaktion gewesen, die einigen politischen Schaden angerichtet haben dürfte.

Am Tag danach wird nun von Beobachtern eine relativ furchtbare Säuberungsaktion bei der Polizei erwartet. Der Polizeichef Freddy Martinez, welcher von Correa selbst ins Amt eingesetzt worden war, und so wie die gesamte Polizeispitze loyal zu Correa gestanden hatte, ist bereits zurückgetreten. Die

Säuberung wird sicherlich vielmehr in der mittleren Führungsebene stattfinden. Doch auch hierbei wird sich Correa keine Freunde machen.

Die Stellung des Militärs wird sich ob der erfolgreichen Befreiung wohl gestärkt haben. Der Präsident steht nunmehr in der Schuld der Streitkräfte. Ob sich damit der Einfluss der Militärs ausweitet, bleibt abzuwarten und zu beobachten. Mindestens nach außen hin präsentierte sich das Militär als Staats- und Demokratie bewahrende Kraft im Land.

Die Opposition befürchtet nun ebenso drastische Maßnahmen gegen sie. Das gesamte Regierungslager schloss sich in den öffentlichen Statements sofort und blind gehorchend der Vorgabe des Präsidenten an und sprach von finsternen Machenschaften der Opposition und bemühten wieder einmal das Links-Rechts-Schema, das Gut-und Böse-Schema, ohne welches die ecuadorianische Regierungspolitik wohl nach wie vor nicht auszukommen scheint.

Es ist nicht möglich, selbstgemachte Fehler einzugestehen und die Dinge zu sehen, wie sie sind. Als die führenden Politiker der Regierung bemerkten, was sie mit der Gesetzesabstimmung vom Vorabend angerichtet hatten, vollzogen sie verbal eine 180°-Wende und interpretierten die Inhalte und die Absichten des Gesetzes kurzerhand ins Gegenteil um. Am Abend wurden dann die Polizeikräfte zum Abschluss von Präsident Correa noch der Gier und der Ungezügelt-heit beschimpft.

Damit kam Quito dann doch zur Ruhe. Am folgenden Freitag normalisierte sich das Leben in den Städten. Politisch gab es noch keine weiteren Nachrichten. Es bleibt also abzuwarten, wie sich die Lage in den kommenden Tagen entwickeln wird. Zunächst ist jedoch von einer Stabilisierung auszugehen. Der verhängte Ausnahmezustand wird jedoch für eine Woche aufrecht erhalten.

Die Geschehnisse haben aber gezeigt, dass der Präsident keineswegs mehr unangefochten ist. Die Haltung der Ecuadorianer wird deutlich kritischer. Nun, da die Politik auch in den Geldbörsen der Menschen ankommt, relativiert sich die anfängliche bedingungslose Gefolgschaft und die Euphorie für das

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**ECUADOR**

DR. BERTHOLD WEIG

**1. Oktober 2010**

**[www.kas.de/ecuador](http://www.kas.de/ecuador)**

„neue“ politische Projekt von Rafael Correa spürbar. Auch gibt es Bestrebungen, den Präsidenten über den verfassungsrechtlichen Mechanismus des „Revocatoria“ abberufen zu lassen. Noch haben derartige Bemühungen keine Aussicht auf Erfolg.

Wichtig wäre es nun, einen Ausgleich der Interessen zu suchen und die Emotionen bei den Beteiligten Akteuren zu beruhigen. Es steht aber zu befürchten, dass Correa aus den Ereignissen nicht seine richtigen Schlüsse ziehen wird. Vermutlich wird er sich in seinen kompromisslosen Haltungen verstärken, weiterhin alle Schuld auf andere schieben und seinen polarisierenden, das Land spaltenden politischen Diskurs beibehalten, vermutlich sogar vertiefen – sehr zum politischen Schaden des Landes. Es bleibt abzuwarten, ob Rafael Correa diesen Warnschuss verstanden haben wird. Mit einer weiteren Radikalisierung des Präsidenten ist dieser Entwicklung jedenfalls nicht entgegenzuwirken.